

gb.links



Grünes Bündnis
 Stadt Bern
 Postfach 6411
 Neubrückestrasse 17
 3001 Bern
 Tel. 031 301 82 09
 Fax 031 302 88 78
 info@gbbern.ch
 www.gbbern.ch
 PC 30-37923-6

- Nein zu einem zweiten Felsenauviadukt!
- Twanner Modell erhalten – Oberstufe Lorraine bleibt!
- Ausbau der Tagesschulen ist eine grüne Erfolgsstory



Finanzielle und politische Verflechtungen zwischen Stadt und Kanton Bern

Stadt und Kanton Bern – eine fragile Partnerschaft

Bern ist kantonale und nationale Hauptstadt. Das deutliche JA zur engeren Zusammenarbeit in der Regionalkonferenz Bern ist hoffentlich Auftakt für die Stärkung des wirtschaftlichen und kulturellen Motors der Stadtregion Bern.

An der letzten GB-Mitgliederversammlung stand das Verhältnis von Stadt und Kanton Bern zur Diskussion. Der folgende Beitrag bietet einen Überblick über die Verflechtungen zwischen den beiden Staatsebenen.

Die Stadt Bern verfügt nicht nur in funktionaler Hinsicht als Hauptstadt, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung über eine Sonderstellung im Kanton Bern. Dies wird an der Beschäftigtenzahl deutlich. Von den gesamtkantonal 520 395 Beschäftigten entfallen 148 918 Beschäftigungsverhältnisse auf die Stadt Bern (Anteil von 29%); berücksichtigt man zusätzlich die Agglomeration, sind es gar 43% der Beschäftigungsverhältnisse. Auch beim Volkseinkommen pro Kopf liegt die Stadt Bern über dem Kantonswert. Allerdings leben in der Stadt Bern nur rund 13% der kantonalen Wohnbevölkerung.

Finanzielle und politische Verflechtungen
 Das Verhältnis zwischen dem Kanton und den Gemeinden – und auch jenes der Gemeinden untereinander – wird im Kanton Bern durch den Finanz- und Lastenausgleich bestimmt. Der Finanzausgleich sorgt für einen Ausgleich zwischen Gemeinden mit mehr und solchen mit weniger Steuerkraft. Unter demselben Titel erfolgt eine Abgeltung der städtischen Zentrumslasten. Der Lastenausgleich stellt sicher, dass soziale Lasten wie die Sozialhilfe oder Teile des Volksschulangebots solidarisch finanziert werden. Er garantiert also, dass strukturell besonders belastete Gemeinden für ihre Lasten nicht alleine aufkommen müssen. Welche Umverteilungen bewirken diese Instrumente?

Einige Zahlen zum Finanzausgleich ...
 Beim Finanzausgleich ist festzustellen, dass die Stadt Bern mit 192 Franken einen relativ hohen Pro-Kopf-Betrag an den Disparitätenabbau bezahlt. Finanziell

alimentiert wird der Disparitätenabbau neben der Stadt Bern von 59 Gemeinden. Die restlichen 338 Gemeinden werden über dieses Gefäss unterstützt. Umgekehrt ist die Stadt Bern bei der pauschalen Teilabgeltung der Zentrumslasten zusammen mit Biel Nettoempfängerin.

... und zum Lastenausgleich
 Beim Lastenverteiler zur Finanzierung der Lehrergehälter gehört die Stadt Bern zu den Nettozahlern (Pro-Kopf-Betrag von 481 Franken), während sie beim Lastenverteiler Sozialhilfe Empfängerin ist (Pro-Kopf-Betrag von 371 Franken). Bei Betrachtung der gesamten Umverteilungswirkung des Finanz- und Lastenausgleichs gehört Bern zusammen mit 134 weiteren Gemeinden zu den Nettozahlern; 263 Gemeinden sind Nettoempfänger. Die Kehrseite der Finanzierung von Leistungsangeboten über den Lastenausgleich besteht darin, dass der Kanton bei der Ausgestaltung des Angebots ein wichtiges Wort mitreden will. So ist die Eröffnung

einer zusätzlichen, lastenausgleichsfinanzierten Kindertagesstätte ohne Ermächtigung des Kantons nicht möglich. Daher sind der autonomen Ausgestaltung städtischer Politik engere Grenzen gesetzt, als dies oft angenommen wird.

Schwächung Berns verhindern
 Was ist nun das Fazit? Erstens: Die Verflechtungen zwischen Kanton und Stadt sind mannigfaltig. Wer in der Stadt eine soziale und ökologische Politik betreiben will, kommt nicht umhin, sich in kantonale Debatten einzumischen. Zweitens: Die bestehende Tendenz, das fragile Gleichgewicht des Finanz- und Lastenausgleichs zugunsten der Stadt Bern zu verschieben, ist nicht im Interesse des Kantons. Denn dieser hat – gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – ein grosses Interesse an einem starken wirtschaftlichen Zentrum.

Blaise Kropf, GB-Grossrat

AZB 3000 Bern 1
 Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- **Wege in der Krise – Wege aus der Krise:** Veranstaltungsreihe der Unia Sektion Bern. Fr, 5. Juni, 19.30 Uhr, Hotel Kreuz, Bern: **Der Kampf in den Officine.** Referat von Gianni Frizzo, einem der Streikführenden in den Officine. Im Anschluss der Dokumentarfilm «Giù le mani» von Danilo Catti. Fr, 26. Juni, 19.30 Uhr, Hotel Bern, Bern: **ArbeiterInnenbewegung und globale Strategien.** Referat von Karl-Heinz Roth. Mehr zur Veranstaltungsreihe der Unia auf www.gbbern.ch

- Do, 11. Juni, ab 9.30 Uhr, Volkshaus Zürich. **Fachtagung zu Frauenhandel in der Schweiz – Strategien der Bekämpfung.** Mehr Infos auf www.fiz-info.ch
- Do-Sa, 18.–20. Juni, Universität Basel. **WIDE (women in development europe) Jahreskonferenz.** WIDE ist ein Zusammenschluss von NGO-VertreterInnen und WissenschaftlerInnen, die im Bereich Gender und Development arbeiten. Mehr Infos auf www.wide-network.ch

- VORANKÜNDIGUNG**
- Mi, 9. September, 20 Uhr, Bollwerk 35 Bern. **Chancengleichheit – Der blinde Fleck der Klimapolitik.** Referat und Diskussion mit Ulrike Röhr, Ingenieurin, Soziologin, Leiterin «genanet» (Fachstelle mit Schwerpunkt Gender, Umwelt und Nachhaltigkeit), Berlin, Franziska Teuscher, GB-Nationalrätin und ein/e VertreterIn aus einer Umweltorganisation. Mehr Infos folgen auf www.gbbern.ch

Talon

Name: _____
 Vorname: _____
 Adresse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 e-mail: _____

Ich möchte mich für die **kantonale Energie-Initiative «Bern erneuerbar»** engagieren. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Ich werde **Mitglied** beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

gb.tipp



Öffentliche Veranstaltung des Grünen Bündnis und des Vereins Läubigi Lorraine

19–20 Uhr: Mitgliederversammlung des Grünen Bündnis u.a. Grossratswahlen 2010 (separate Einladung folgt)

Bahnhof Bern – Probleme und Lösungsvorschläge

Mittwoch, 24. Juni 2009, 20 Uhr, Schulhaus Breitenrain, Breitenrainstrasse 42, Bern

Unter dem Titel «Zukunft Bahnhof Bern» wird der Ausbau des Bahnhofs Bern geplant. Zurzeit überprüft die ETH diese Planung, welche als Zufahrt einen neuen Eisenbahnviadukt im Lorrainequartier vorsieht.

Gemeinsam mit VertreterInnen von Kanton, Stadt und ETH (angefragt) werden folgende Fragen diskutiert:

- Ist ein Ausbau des Bahnhofs Bern nötig?
- Was bringt das vorgeschlagene Projekt?
- Muss die Lorraine den Preis für ein besseres öV-Angebot bezahlen?

Detailliertere Angaben siehe www.gbbern.ch

gb.bewegt

Frauenpolitik
 Montag, 22. Juni, 19.15 Uhr,
 GB-Sekretariat
Ökologie
 Dienstag, 9. Juni, 19 Uhr,
 GB-Sekretariat

Internationales und Migration
 Kontakt: Ron Ganzfried,
ron.ganzfried@gmail.com
Bildung (kantonale AG)
 Montag, 22. Juni, 18 Uhr,
 Sekretariat Grüne Schweiz

Wirtschaft (kantonale AG)
 Mittwoch, 10. Juni, 20 Uhr,
 Sekretariat Grüne Schweiz,
 Waisenhausplatz 21
 Kontakt: Thomas Bauer,
tomba@student.unibe.ch

Nationale Politik
 Kontakt: Hasim Sancar,
sancars@bluewin.ch
Leitender Ausschuss
 Mittwoch, 17. Juni, 20 Uhr,
 GB-Sekretariat

Impressum
 Redaktionsschluss gb.links
 4/2009: 15. Oktober.
 Redaktion: Karin Jenni,
 Natalie Imboden.
 Satz und Druck: Genossenschaft
 Widerdruck, Bern. Lithos:
 Genossenschaft Graphix, Bern.

Nein zum zweiten Felsenauviadukt!



Mit mehr als 1500 Unterschriften haben die BewohnerInnen der Engehalbinsel ein klares Zeichen gegen den Bau eines zweiten Autobahnviaduktes gesetzt. Im Bild die Petitionsübergabe beim Bundesamt für Strassen am 17. April 2009 (tbm).

Mehr als 1500 EinwohnerInnen und Einwohner der Engehalbinsel haben innerhalb weniger Wochen die Petition «Nein zu einem zweiten Autobahnviadukt in der Felsenau!» unterschrieben. Die Petition wurde von QuartierbewohnerInnen der Engehalbinsel initiiert und vom Leist der Engehalbinsel unterstützt.

Wer von der Engehalbinsel den Blick auf den Felsenauviadukt richtet, sieht eine unablässig rollende Kolonne von Autos und Lastwagen, die sich mal schneller, mal langsamer und immer häufiger gar nicht mehr bewegt. Es ist offensichtlich: Der Felsenauviadukt kann den zunehmenden Verkehr – an Spitzentagen über 100 000 Fahrzeuge – nicht mehr schlucken, er ist zu einem Nadelöhr im Nationalstrassennetz geworden. Während das Bundesamt für Strassen ASTRA als Antwort auf die zunehmenden Kapazitätsprobleme und die prognostizierte Zunahme des Verkehrs in den nächsten Jahrzehnten – der Kanton Bern spricht von einer Zu-

nahme von mehr als 16 Prozent bis 2030 – mit einem zweiten Felsenauviadukt den bestehenden Engpass beseitigen will, regt sich unter den BewohnerInnen der Wohnquartiere der Engehalbinsel Widerstand gegen diesen zweiten Autobahnviadukt. Für die PetitionärInnen ist die Erweiterung der Autobahnkapazität auf Kosten der Lebensqualität in den Quartieren nicht zu verantworten.

Die Wohnquartiere der Engehalbinsel, aber auch Teile des Nordquartiers leiden bereits heute unter dem Schattenwurf der bestehenden Brücke und dem Lärm sowie den Abgasen des Verkehrs. Der zweite Autobahnviadukt würde diese bereits bestehenden Emissionen massiv verstärken.

Betroffen sind nicht nur rund 5000 EinwohnerInnen der Engehalbinsel und des Wylergutes, sondern auch das beliebte Naherholungsgebiet in der Aareschlaufe würde noch stärker als bisher beeinträchtigt. Zudem erfordert der Bau eines zweiten Viaduktes zusätzlichen Raum für die Autobahn- und abfahrten, weitere Abholzungen im Bremgartenwald wären unvermeidbar. Aus diesen Gründen nahmen auch die Quartierkommissionen Länggasse-Felsenau und DIALOG Nordquartier das Anliegen der Petition auf. Sie unterstützen den Gemeinderat der Stadt Bern und den Regierungsrat des Kantons Bern in seinen Bemühungen gegenüber dem Bund, dieses Projekt nicht mehr weiter zu verfolgen.

In Gesprächen mit QuartierbewohnerInnen wird der Unmut deutlich über eine nationa-

le Verkehrspolitik, die eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs als unumgänglich hält und darauf keine bessere Antwort weiss, als den Bau weiterer Strassen. Für viele ist deshalb auch die vom Kanton ins Spiel gebrachte Tunnellösung, die einen acht Kilometer langen Tunnel vom Grauholz ins Weyermannshaus mit einer Unterquerung der Aare bei Worblaufen vorsieht, keine echte Alternative. Immer wieder wurde erwähnt, dass Bund, Kantone und Gemeinden doch auf den öffentlichen Verkehr setzen müssten. Dies besonders angesichts der Tatsache, dass mehr als drei Viertel des Verkehrs auf den Autobahnen rund um Bern hausgemachter Pendlerverkehr ist, also von BewohnerInnen der Stadt und Agglomeration Bern verursacht wird.

Es ist zu hoffen, dass das Bundesamt für Strassen mit seiner Projektidee zum Bau eines zweiten Autobahnviaduktes die betroffene Bevölkerung derart wach gerüttelt hat, dass sie die Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» unterstützen wird. Diese sieht vor, dass die Förderung des öffentlichen Verkehrs erstmals in der Bundesverfassung verankert wird und die Hälfte der zweckgebundenen Treibstoffzölle zu seiner Förderung verwendet wird. Ob der zweite Felsenauviadukt je gebaut wird, ist ungewiss. Das bereinigte Programm zur Beseitigung der Engpässe auf dem Nationalstrassennetz wird den eidgenössischen Räten voraussichtlich 2010/2011 vorgelegt.

Thomas Beyeler Moser, GB-Mitglied und Präsident Leist Engehalbinsel



Ein Runder Tisch zur Zukunft der integrativen Oberstufe Lorraine

An der Oberstufe Lorraine werden Sekundar- und RealschülerInnen in derselben Klasse nach dem durchlässigen Twanner Modell unterrichtet. Sinkende SchülerInnenzahlen im gesamten Schulkreis führen nun dazu, dass der Oberstufe Lorraine die Schliessung droht. Das von der Schulkommission entwickelte Modell «Lorraine plus» fand bisher nicht die nötige Unterstützung durch den Kanton. Auch die beiden anderen Standorte des Schulkreises Nord waren nicht bereit, im Sinne einer gemeinsamen Lösung ihre Oberstufenmodelle zu überdenken. Damit würden ausgerechnet jetzt, da die Umsetzung des neuen Integrationsartikels im Volksschulgesetz vor der Tür steht, die wertvollen Erfahrungen der Lorraineschule verloren gehen. Die Bildungsforschung zeigt, dass die integrative Schule die Chancen und Leistungen aller Kinder erhöht. Die integrative Schule stellt jedoch auch eine grosse Herausforderung dar. An der Bildungstagung der Grünen von diesem Frühling bot sich die Gelegenheit, erfolgreiche Modelle aus dem In- und Ausland vertieft kennen zu lernen.

Zur Rettung der Oberstufe Lorraine lancierte nun ein überparteiliches Komitee eine Petition (Petition ist beigelegt), und das GB reichte eine Motion ein. Der Widerstand trägt Früchte: Am 11. Juni 2009 wird ein Runder Tisch über die Zukunft der Oberstufe Lorraine durchgeführt, an dem Erziehungsdirektor Bernhard Pulver und Gemeinderätin Edith Olibet teilnehmen.

Christine Michel, GB-Stadträtin

Am 11. Juni soll die Petition übergeben werden. Deshalb bitte umgehend unterschreiben und ans GB zurückschicken oder online unterzeichnen: www.oberstufe-lorraine.ch

gb.persona

Das Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten FIMM hat zum ersten Mal eine Frau an seine Spitze gewählt. Die neue Präsidentin heisst **Emine Sariastan**, GB-Stadträtin. **Monika Hächler**, GB-Ausschussmitglied und Geschäftsführerin Grüne Kanton übernimmt neu das Präsidium von Pro Velo Bern, nachdem sie bereits seit 2007 zusammen mit Barbara Schwickert den Verein im Co-Präsidium leitete. Im Dachverband für offene Arbeit mit Kindern übernimmt **Aline Trede** das Amt von ihrer Stadtratskollegin Stephanie Penher. Der Gemeinderat hat die Fachkommission für Integration für die Periode 2009–2012 gewählt. Auch dort finden sich uns bekannte Gesichter: **Jelena Mitrovic** und **Hilmi Gashi**. Einen Wechsel gibt es auch auf dem Sekretariat der Grünen Schweiz. Nach dem Rücktritt von Hubert Zurkinden übernehmen Miriam Behrens, bisherige stv. Generalsekretärin und **Yann Golay**, Pressesprecher der Schweiz. Flüchtlingshilfe und GB-Aktivist die Co-Leitung für das Generalsekretariat. Wir gratulieren allen ganz herzlich und wünschen ihnen viel Spass bei ihrer Tätigkeit!

gb.lesen

Kuno Roth, «um Sichten – Poesie für den Alltag»
GB-Aktivist Kuno Roth hat eine eigene Sprache gefunden. Es ist die Einfachheit der Sprache, das scheinbar Leichte, das Spielerische, woraus Kuno Roths Gedichte ihre Kraft schöpfen und LeserInnen zum Eintauchen und Mitdenken einladen.
Annemarie Sancar, Feminisierung der Migration, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie; Jahrbuch 2009, Jenseits der Menschenrechte – Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik.

gb.erfolg

Zwei politische Erfolge hat das GB zu vermelden. So lanciert die Stadt Bern gestützt auf einen GB-Vorstoss das **1. Berner Gebäudesanierungsprogramm**: Mit 2 Mio. Stadtgeld werden im Raum Bern 10 Mio. Investitionen ausgelöst und 100 Liegenschaften saniert. Damit macht Bern vorwärts bei der Energieeffizienz und sichert in Krisenzeiten Arbeitsplätze.
Als **2. Wunder von Bern** gilt das deutliche JA der Stimmbewölkerung zum Künstlerprojekt Progr. Das GB hat seit Beginn für die Künstler-Alternative gekämpft und entscheidende Weichen dafür gestellt. Grün wirkt!

Grüne Köpfe: GB-Grossrätin Corinne Schärer, Vizepräsidentin Grüne Grossratsfraktion

Ausbau der Tagesschulen ist eine grüne Erfolgsstory

Corinne Schärer politisiert seit 10 Jahren im Berner Grossrat und ist Vize-Fraktionspräsidentin. Sie gilt als profilierte Bildungspolitikerin und ist breit vernetzt. Sie arbeitet für die Gewerkschaft Unia und engagiert sich in Frauennetzwerken. Im Winter liebt sie Berghüttenferien mit ihren drei Kindern. www.corinneschaerer.ch

Was sind deine drei grössten Erfolge in der Kantonspolitik?

Der Ausbau der Tagesschulen, mehr Integration in der Schule und die Verhinderung vieler Sparmassnahmen im Bildungsbereich, z. B. bei den Lehrwerkstätten.

Du bist Präsidentin des Vereins Tagesschulen. Wie war der Ausbau der Tagesschulen so rasch möglich?

Die Initiative für mehr Tagesschulen wurde 2005 in einem überparteilichen Bündnis vorbereitet. Bereits im Herbst 2006 wurde die Initiative eingereicht und brachte die neue rotgrüne Regierung unter Druck. Das Anliegen wurde in die Revision des Volksschulgesetzes aufgenommen. Das jahrelange Engagement des Vereins Berner Tagesschulen und die Initiative wurden zu einer regelrechten Erfolgsstory.

Warum ist ein JA zu HarmoS wichtig?

HarmoS ermöglicht die Umsetzung vieler grüner Bildungsanliegen, z. B. die Basisstufe, die individuelle Förderung, die Beurteilung von schulischen Leistungen anhand von Kompetenzen statt Defiziten sowie Tagesschulen. HarmoS alleine macht die Schule nicht besser, es ist aber eine Chance, einen Konsens über die Zukunft der Schule



«Welche Schule wollen wir?» Corinne Schärer zusammen mit Regierungsrat Bernhard Pulver an der Bildungstagung der Grünen im März 2009.

zu finden, ohne dass die Kantone ihren Gestaltungsraum verlieren.

Du leitest in der Unia die Abteilung Vertragspolitik und Mitgliedergruppen. Was fordert die Gewerkschaft in der Wirtschaftskrise?

Es braucht Investitionen (u. a. in Kinder-tagesstätten, öffentlichen Verkehr), damit hier die Arbeitsplätze und die Kaufkraft gesichert werden und gleichzeitig der ökologische Umbau vorangetrieben wird. In der Industrie muss die aus Not eingeführte Kurzarbeit klug dazu genutzt werden, endlich in die Weiterbildung der Arbeitnehmenden zu investieren. Bildung ist die Grundlage eines existenzsichernden Berufslebens, gerade auch für Frauen.

Was bedeutet die Krise für Frauen?

Aus der letzten Krise wissen wir, dass Unternehmen kaum mehr in familienverträgliche Arbeitszeiten, Kinderkrippen, Job-Sharing und gut bezahlte Teilzeitstellen investieren. Frauen finden sich wieder ver-

mehrt in unsicheren Arbeitsstellen und Schwangerschaften sind unwillkommen. Kurz: es besteht die Gefahr, dass Frauen stark benachteiligt oder aus dem Arbeitsmarkt hinausgedrängt werden. Frauen dürfen die Krise nicht bezahlen und darum fordern wir: Gleichstellung – jetzt erst recht!

Du setzt dich für mehr IngenieurInnen ein. Warum?

Heute fehlen rund 3000 IngenieurInnen. Solange wir Investitionen in Umwelttechnologien fordern, ohne die dazu notwendigen Fachleute zu haben, werden wir unsere Forderungen nicht umsetzen können.

Bern steht ein Jahr vor den Wahlen. Warum braucht es auch in Zukunft eine rotgrüne Regierungsmehrheit?

Die rotgrüne Regierung hat viele Weichen in der Umwelt-, Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Finanzpolitik neu gestellt. Es steht erst das Fundament des neuen Hauses, wir wollen weiter bauen.
Interview: Natalie Imboden